

Sächsische Zeitung

vorm. im G. Schweisske'schen Verlage. (Sächsischer Courier.)

Interjectionsgebühren für die fünfjährige Zeit oder deren Raum 18 Rfl. 15 Pf. für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg. Beilagen an der Spitze der Zeitungsblätter pro Seite 40 Pf.

N 259. Verlag der Actien-Gesellschaft Sächsische Zeitung. Halle, Dienstag, 6. November. Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhard. 1883.

Politische Wochenschau.

Halle, 5. November.

St. Majestät der Kaiser hat in der vorigen Woche den Aufbruch nach Venedig zur Teilnahme an den Tagen zur Aufhebung gebracht und ist glücklich von dort zurückgekehrt. Die übrige Zeit hat der Kaiser vorzugsweise den Regierungsgeschäften gewidmet und seitens der verschiedenen Ressorts die Vorträge abgenommen, auch den Postkoffer für den Sobolew und den zur Zeit in Berlin anwesenden türkischen Unterstaatssecretär Sel. Regierungsrath von Wettendorf in Audienz empfangen.

Der Kronprinz wohnt zur Zeit noch mit seiner Familie in Wiesbaden, geht aber zum 9. November in Berlin einzuweisen, um an der Jagd in der Schorfheide teilzunehmen, zu welcher auch der König von Sachsen und der Kronprinz von Preußen in Berlin erwartet werden. Die frühere Absicht des Kronprinzen, dem künftigen in Gießen zu bewohnen, soll aufgegeben sein und zwar aus Anlaß der gleichzeitigen Feierlichkeiten in der Berliner St. Nicolaiskirche, bei welcher der Kronprinz auf Wunsch des Kaisers zugegen sein wird.

Die Universitätsferien haben, und zwar aus Anlaß des Reformationsfestes in denjenigen Städten, welche mit dem Anstehen des großen Reformators im engsten Zusammenhange stehen, von Neuem begonnen, besonders in Worms, wo in Anwesenheit des Großherzogs von Hessen die mehrtägige Feier eines großartigen Verlaufes nimmt. In Wittenberg sind auf die frühere Weise wieder gleichfalls erhebliche Feste geplant, aber nicht allenfalls größeren wie kleineren evangelischen Städten oder Städten mit namhafter evangelischer Bevölkerung werden die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Vorfeier am Geburtstage des Reformators mit Gese in Angriff genommen. An der Hauptstadt werden schon jetzt allenthalben Vorträge über Leben und Wirksamkeit Lutthers gehalten, die auf die Bedeutung des Jubelfestes hinweisen und zur würdigen Begehung derselben vorbereiten sollen. In Leipzig hat gestern unter großer Theilnahme die Begründung einer allgemeinen Vorfeier stattgefunden, welche den Zweck hat, die Verbindung von Söhnen und Töchtern evangelischer Väter und Mütter zu fördern.

Der Bundesrat hat am Mittwoch und am Freitag wieder Sitzungen abgehalten, in welchen namentlich laute Reden wieder erfolgt wurden. Von zugehörigen Ausschüssen ist dem Bundesrat eine Mitteilung, der zufolge die Bundesratkommission zum neuerdings beschlossenen Umlage bei allen deutschen Zuckerfabriken über die Gestaltung der Zuckerproduktion während der letzten drei Samenkampfen vorliegt. Gleichzeitig hat die Commission für die wichtigeren Gegenstände zur Beratung Referenten ernannt, indem diese ihre Arbeiten beendet haben werden, wird die Commission zur Weiterführung ihrer Aufgabe wieder zusammenzutreten. Die Ausfuhrverordnungen zum reuichspanischen Handelsvertrage sind den 2. November in Kraft getreten. Als Termin für die Einberufung des Landtages hat das Staatsministerium, vorbehaltlich der Allerhöchsten Genehmigung, am 20. November bestimmt. Der bannvoische Provinziallandtag ist am Montag eröffnet worden.

Die jüngst stattgehabte Reichstagswahl in Greifswald-Ortemen beschäftigt noch immer in ziemlich erregter Weise die gesamte liberale Presse, nicht so sehr wegen des für die Fortschrittspartei unglücklichen Ausgangs der Wahl, sondern wegen einer Aeußerung des gewählten konservativen Kandidaten von Wolowend der Wahl, daß der verstorbenen fortschrittliche Abgeordnete aus einem Parteiehrn eine Unterstützung erhalten habe. Die davon geknüpften Bemerkungen in der liberalen Presse haben die interessante Thatsache zu Tage gefördert, daß sämtliche fortschrittliche Reichstagsabgeordnete statutengemäß Parteimitglieder sind. Die Angelegenheit wird fortwährend von der Presse erörtert, und es erregt sich hierbei, daß nur ganz wenige fortschrittliche Blätter für das Verfahren ihrer Partei eintreten, während es sogar von sectionsfremden Blättern entschieden verurtheilt wird. Besonders die „Weltzeitung“ nimmt die fortschrittliche Maßregel, welche sie früher bekämpft hatte, jetzt unumwunden in Schutz und ist darüber in eine heftige Polemik mit der sectionsfremden „National Zeitung“ gerathen, welche die mit Dänen abgestimmten Abgeordneten zutreffend als „Abgeordnete zweiter Klasse“ bezeichnet.

Einige vorab angelegte Aeußerungen eines preussischen Officiers in Danzaburg veranlaßte Ausstellungen in Betreff des Gegenstandes und Beziehungen der Presse. Die Voraussetzung, daß die sensationellen Erörterungen dieser Angelegenheit nicht verschoben würden, von der deutschfeindlichen Presse des Auslandes und Kräfte angereizt zu werden, hat sich bereits bestätigt, indem die französischen Blätter nicht unterlassen, ihrer Ungenugthuung über die Danzaburger Ereignisse, und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die in denselben angelegte herabgewertete Mißstimmung über die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse bald an anderen Orten einen Wiederhall finden werde. Mißthaltungen aus Odenburg selbst legen entschieden Veranlassung dagegen ein, daß die dort übertrieben geschilderten Vorurtheile einer preussensfeindlichen Stimmung ihrer Ursprung verdanken.

In Frankfurt a. M. fand am 29. October im Polizeipräsidium eine durch Dynamit oder Nitroglycerin verursachte Explosion statt. Die Nachforschungen nach den Thätern haben bis jetzt noch nicht zu einem Ergebnis geführt.

Die Friedeichtheit der allgemeinen Zeitstimmung spiegelt sich auch in der Geschichte der letzten Octoberwoche wieder. Selbst so drohende Wolken, wie diejenige, welche sich über der französischen Regierung zusammengezogen zu haben schienen, verpuffen sich wieder, weil man nirgend Neigung verspürt, die Dinge auf einander kommen zu lassen. Die lange vorbereiteten und vielbesprochenen Angriffe, welche zu Anfang der laufenden Woche aus dem raderalen Kammerparquet gegen die ostasiatische Politik des Herrn Chasselain-Lacour gerichtet worden waren, sind bis jetzt unwirksam geblieben, obgleich die von dem chinesischen Vorkämpfer Feng betriebene Verdröhnung der auf diesen Punkt bezüglichen diplomatischen Actenstücke über die letzten Absichten der Berliner Regierung kaum Zweifel übrig lassen. China besteht offenbar darauf, das Leben des Reichs fest, aufrecht zu erhalten. — Nichts desto weniger hat das Ministerium Herrn seine Stellvertreter vorläufig beauftragt; wie aus Paris neulich geschrieben wurde, sollen erfahren politische Beobachter bereits vor mehreren Tagen vorausgeschickt haben, die Minister vom März 3. wären noch „bis nachts“ oder „Mittags“ im Sinne verbleiben können. Ein Urtheil über die Richtigkeit dieser Vorherausung ist für Deutsche nicht wohl möglich, — von Affirmen aber die allgemeine Lage der französischen Dinge scheint man auch in Paris weit entfernt zu sein.

Den beiden in Wien versammelten Delegationen (zur Erleichterung der gemeinsamen Angelegenheiten erwählten Ausschüssen der Parlamente für Oesterreich und für Ungarn) hat der österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Kalnoky einen längeren Bericht über das Verhältnis der Monarchie zum Auslande vorgelegt, der unter Hervorhebung der Festigkeit des österreichisch-ungarischen Bündnisses volles Vertrauen in die dauernde Erhaltung des europäischen Friedens ausspricht. Die gegenseitigen Berichte beruhen auf falschen Auffassungen des Gewichtes gescheiter russischer Zeitungsstimmen. — Diese Ausnahmserhebung geschieht um so dankenswerther, als der anhaltende Mißklang des Curves der unter zwei Drittel ihres Nennwerthes gesunkenen, zuletzt mit 197.40 notierten russischen Creditbilletts in der That auf ein gewisses Mißtrauen der Börsen schließen läßt. — Einiges Aufsehen hat es erregt, daß die in der bulgarischen Armee dienenden russischen Officiere verabschiedet, die in Rußland enrölicten bulgarischen Militärs nach Hause beordert worden sind; keinem eigenen hiesigen Botschaftern hat Fürst Alexander I. eine 24 stündige Frist zur Aeußerung seiner Absicht gesetzt. — Nach den Berichten des „Journal de St. Petersburg“ werden „dieses Schwierigkeiten den beschränkten Kreis, innerhalb dessen sie entstanden, nicht überschreiten“, da die Cabinetts bezüglich der in Betracht kommenden Hauptpunkte durchaus einverstanden seien.

Der neue spanische Kriegsminister Dominguez hat die Absicht angekündigt, den Besitz über die Armeekorps seines Landes immer nur auf drei Jahre lang in den nämlichen Händen zu lassen und dieser Einrichtung Gehaltskraft zu verschaffen. Die Absicht ist, den politischen Umtrieben der Offizierskreise ein Ende zu machen, welche bisher zum Schaden der Nation und der Sicherheit des Staates unter dem Schutz eigener Corps-Communitäten ihre Wesen trieben. Von der Durchführung dieser Maßregel wird eine wesentliche Verbesserung der militärischen Zustände Spaniens erwartet, deren Fortschreiten besamtlich politische Umtriebe unter Soldaten und Offizieren bilden.

Der vielsährige Krieg zwischen den Republikern Chile und Peru ist endlich durch einen Friedensschluß beendet worden. Der Präsident von Peru, Iglesias, hat sich zur Annahme der von den streitenden Chilenen gemachten Friedensbedingungen entschlossen und den ihm von einzelnen Parteiführern geleisteten Widerstand gestrichen. Für den überseeischen Handel unserer nordwestlichen Küstenstädte ist dieser Friedensschluß von Wichtigkeit, da dieselben mit beiden habenden Republikern in enger geschäftlicher Beziehung stehen. Hauptausfuhrartikel ist bekanntlich der Guano — die Einfuhr umfaßt die verschiedensten Zweige deutscher Gewerbetätigkeit und war der Kriegsverhältnisse wegen längere Zeit hindurch unterbrochen gewesen. — Die auch bei dieser Gelegenheit benährte Ueberlegenheit Chiles beruht darauf, daß dieser Staat sich von dem in den übrigen spanisch-amerikanischen Staaten herrschenden revolutionären Unwesen frei zu halten gewußt hat. Seit 50 Jahren besteht die nämliche Verfassung, ohne daß es zu gewaltsamen Umveränderungen der inneren Entwickelung gekommen wäre.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner O-Correspondent schreibt uns heute: Die Ausschüßberichte der österreichischen und ungarischen Delegation sind jetzt publizirt und müssen als authentisch in Bezug auf die von dem Grafen Kalnoky abgegebenen Erklärungen angesehen werden, während die bis dahin veröffentlichten Mittheilungen nur als private und der subjektiven Auffassung entsprechend gelten konnten. Der Unterschied beider Arten der Relation ist indessen nicht groß, aber der Ton macht die Wucht. Jenefalls bezeugen die Ausschüßberichte ihre vollkommene Verlässlichkeit darüber, daß die Eröffnungen des Grafen Kalnoky das Vertrauen auf den Fortbestand des europäischen Friedens befestigt haben. In beiden Ausschüßberichten wird der Wert des deutsch-österreichischen Bündnisses in dieser Beziehung vollumfänglich geäußert, in dem Bericht der ungarischen Delegation auch mit der besondern Berücksichtigung der Vertheilungsgestalt gegen einen nicht procevirten Angriff.

Der Bericht angefügt auf dieser Stelle zwar nicht auf Rußland, kann sich aber doch nicht enthalten, auf die in neueren Zusätze Auslässe hinzuweisen, welche für dessen Nachbar gefährlich sind. Der Bericht sagt: Da für die Sicherheit des europäischen Friedens die Haltung Rußlands von hoher Wichtigkeit ist, so schließt sich der Wunsch an, die Ueberzeugung des Ministers an, daß nicht nur dem russischen Kaiser persönlich, sondern auch dessen Regierung der Gedanke eines Angriffes ferne liegt, daß die Hoffnung berechtigt ist — es werde sich auch im russischen Volke diese Tendenz der tonangebenden Kreise, das Freundschaftsverhältnis mit Oesterreich-Ungarn aufrecht zu erhalten, immer mehr befestigen und in Folge dessen auch auf die Fortdauer der gegenwärtigen Friedensperiode geredet werden können. — Gewiß kann man in diesem mit aller Mühsal formulirten Satz nur lediglich eine Verthätigung dessen finden, was in unserem letzten Briefe über das Doppelgeleit der russischen Politik gesagt war, in Folge dessen man niemals wissen kann, wo die offizielle Politik Rußlands auf- und die Agitationspolitik anfängt. Nun ist es allerdings nicht das russische Volk, welches Politik macht; aber dessen Stimmung

kann als Unterstüßungsgrund für eine Politik verwendet werden, welche man der offiziell festgestellten zu substituiren versucht und die Bemühungen eines Theiles der russischen Presse, das Volk in eine gegen Deutschland und Oesterreich feindselige Stimmung zu hegen, bann ohne Unterlaß fort, selbst im gegenwärtigen Augenblicke, in welchem die russische Regierung gewiß davon überzeugt ist, daß ihr durch die Regierungen der Nachbarstaaten die Wege geschlossen werden, ohne zu den äußersten Mitteln zu greifen und ohne der russischen Autorität etwas zu vergeben, aus einer Schwermüdigkeit aber, in welche die offizielle Politik nachgehends auch die Agitationspolitik auslagert. Und sollte die russische Presse, welche jetzt Oesterreich verächtlich, das den Fürsten Alexander zur Aufhebung gegen die zypriische Autorität angeklagt hat, oder aus Anlaß der Mordthat des Fürsten Gortschakow, welche es unternommen hat, sich ebenso von der Nachwelt einer künftlich geordneten Tragödie zu zeigen, wie er im Leben zu schänken ließe — Deutschland bezüßigen, daß hiesige Käse auf dem Berliner Congress im Stich gelassen habe; sollte die russische Presse alle diese Ungeuerlichkeiten lediglich auf ihre eigene Verantwortung zu übernehmen den Muth haben, oder nicht vielmehr darauf rechnen, daß der Einfluß ihrer Aspiratoren mächtig genug sein werde, alle nachtheiligen Folgen abzuwenden? Zumal ja kein Zweifel darüber besteht, daß die russische Presse für die Wahl ihrer Themen durchaus nicht freie Hand hat.

In Berliner politischen Kreisen wird vielfach die Frage diskutiert, welche Gründe vorwalten mögen, daß die Kronprinzlichen Prefschaften noch immer nicht zur Weidung zurückgekehrt sind; wann in dieser Beziehung ihre und da Gerichte aufzuheben, welche, wie früher, von „Fiktitionen“ zu erzählen wissen, oder auf Vorkänge bei dem letzten Kaisermandate hinweisen, so können wir auf Grund guter Informationsvermögen, daß diese Gerichte durchaus irrig sind und ihres Ansehens entbehren. Der Aufstand der Kronprinzlichen Prefschaften in unseren südböheren Provinzen ist ausschließlich auf das Bedürfnis namentlich S. R. S. der Kronprinzessin zurückzuführen, auf ästhetischen Rath so lange als nur möglich die frühere Luft und den Aufenthalt im Freien zu genießen, was in anderen Worten nicht so gut ausführbar wäre, als in dem wärmeren, freundlichen Wiesbaden.

Nach Bestimmung des Reichstagsloos sind die diesjährige Vertheilung für Seebauämter-Maßnahmen I. II. u. III. Klasse am Montag den 26. November Vormittags 9 Uhr im Regierungsgebäude zu Stettin, Zimmer Nr. 37 beginnen und an dem folgenden Tage fortgesetzt werden. Die Anträge auf Zulassung zu dieser Vertheilung sind bis spätestens zum 19. Nov. d. J. der Königlich Preussischen Regierung in Cassin pro 1880 — anzubringen.

Die Verhandlungen, welche im Reichsanwalteramt zur Förderung der gesetzlich in der Regelung des Auswanderungswesens gegenwärtig gepflogen werden und an welchen die Geheimräthe Schröder, v. Lenthe, Reichardt, Ullmann und Heber theilnehmen, sind nicht neu, sondern nur eine Fortsetzung der schon vor einigen Jahren begonnenen Arbeiten. Damals wurden diese Verhandlungen angezettelt, weil die Intentionen, die in dieser Beziehung bei dem Mitglücken des Reichstages zu Tage traten und namentlich seitens des Reichstagsabgeordneten Dr. Rapp geäußert wurden, nicht mit den Aufstellungen der Regierung übereinstimmten. Da inzwischen die Nothwendigkeit einer Regelung des Auswanderungswesens immer dringender zu Tage trat, so ist die Verhandlung dieser Frage wieder von Neuem in Angriff genommen worden. Es dürfte leicht möglich sein, daß in Verbindung mit dieser Frage auch die Colonisationsfrage zur Verhandlung herangezogen wird, welche mit der Auswanderungsfrage ja in engem Zusammenhange steht.

In Folge der Bestimmungen des Artikels 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1881 sind den Reichsanwaltern nach Auffassung der Kostenordnung in zahlreichen Fällen Mittheilungen zu machen, für welche nur Polizeibehörden in Anspruch kommen. Die Parteien werden durch die demnächstige Einziehung solcher geringen Fortbeträge zur Staatskasse ungleich mehr befristet als durch die Bezahlung dieser Beträge an den Rechtsanwalt, mit dem sie regelmäßig noch in Abrechnung stehen. Es kommt hinzu, daß in der Mehrzahl der Fälle auch dem Rechtsanwalt selbst daran gelegen sein wird, den Fortbetrag bald zu erfahren, um ihn von der Gegenpartei einfordern oder im Wege der Zwangsvollstreckung betreiben zu können. Um diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, ist es erforderlich, den allgemeinen Verwaltungsrath, auch die Postbehörden, welche nicht ausschließlich im Staatsinteresse erfolgen, von den Behörden unanfrucht abzulassen sind, auch den Rechtsanwalts gegenüber in Anwendung zu bringen. Der Justizminister hat deshalb durch eine allgemeine Verfügung vom 25. v. M. die Vorschrift der allgemeinen Verfügung vom 10. Mai 1880, daß Postbehörden an Anwalts von den Postbehörden portofrei abzulassen sind, auf die Fälle beschränkt, in welchen die vertretene Partei das Armenrecht genießt und deshalb zur Erstattung der Postgebühren nicht verpflichtet ist.

In den sogenannten politischen Kreisen der Provinzen Posen und Westpreußen wird jetzt, wie die „Sächsische Zeitung“ schreibt, wieder eine Bewegung für Errichtung einer, natürlich „polnischen“ Universität in Glogau fest. Diese Bewegung ist nicht neu und beruht vor einem Jahr. Diese Bewegung ist nicht nur in der That, sondern auch im Hause der Abgeordneten bei Beratung des Staats über genehmigt worden. Damals schon erklärte sich der unter Reichstagsmitgliedern, der damals ausdrücklich dazu, daß von allen sonstigen Humanitäten abgesehen, es große Schwierigkeiten habe, geneigte Hochschullehrer für eine neue Hochschule zu gewinnen, was das damals ein Jahr vorher erfolgte Errichtung der Universität Strazburg gezeigt habe, wobei der Kostenpunkt noch gar nicht in Anschlag komme. Die





ung kam, an der Seite des Kaisers die, ...

Sokales.

Halle, den 5. November. (Der Abdruck ...)

Der Abdruck ...

Der Abdruck ...

Der Abdruck ...

und das Nähere hierüber am nächsten Freitag ...

Ein Vortrage-Medaille aus Silber ...

Die Wägen erhalten ihren Platz im Schiff ...

Heute Morgen wurde unter zahlreicher ...

Wegen des Vortrageserleidens am nächsten ...

Ein halbfestes Original, welches sowohl ...

Zwei berüchtigte Vögellager von hier, die ...

Ununterbrochenes Anschlagen einer Glocke ...

Einem in benachbarten Dörfer Seeben ...

In Obgleichem wurde vergangener Nacht ...

Druckfehler. Verichtigung.) Durch die ...

Universitäts-Nachrichten.

Halle, den 5. November. Am schwarzen ...

Studenten-Commers.

Committentent! Zu der am 2. d. Mis. abends ...

Der Beitrag zur Deckung der nötigen Kosten ...

Eintrittskarten sind von Freitag den 9. ...

Halle, 5. November. Für Studierende ist die ...

Militärisches.

U. Krupp in Oelen erhielt ein Patent ...

Literarisches.

Die von W. Krommel und Fr. Waff herausgegebene ...

Das Novemberheft von „Unsere Zeit“, herausgegeben ...

Telegraph. Coursbericht der Hall. Zeitung. Berliner Fonds-Börse.

Telegraph. Coursbericht der Hall. Zeitung. Berliner Fonds-Börse.

Coursbericht von Zeising, Arnold, Heinrich & Co.

Telegraphische Depesche.

Paris, 4. November. Wie der „Temps“ ...

